

Wahlprüfsteine der Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände in Sachsen-Anhalt (LAGF) zur Bundestagswahl 2013

1. Entlastung von Familien

Zur Gründung und Unterhaltung einer Familie bedarf es einer ausreichenden wirtschaftlichen Basis. Die Förderung der Familien ist deshalb politisch stärker in den Blick zu nehmen, um gesellschaftliche Stabilität als Basis funktionierender Sozialsysteme zu gewährleisten.

Wir brauchen einen gerechten Familienleistungsausgleich, in dem der Staat die Leistung und Verdienste von Familien für die Gesellschaft (Sicherstellung des Generationenvertrages u.v.m.) anerkennt.

Außerdem muss durch einen gerechten Familienlastenausgleich gewährleistet werden, dass Familien gegenüber Kinderlosen nicht weiter benachteiligt werden.

1. Wie wollen Sie das Steuerrecht reformieren, um mehr Gerechtigkeit für Familien zu erreichen?

2. Durch welche rentenbezogenen Leistungen sollte u.a. der Beitrag von Familien zum Generationenvertrag gewürdigt werden?

3. Welche weiteren Leistungen gehören für Sie zu einem für die Familien spürbaren Lastenausgleich?

2. In Würde und Selbstbestimmung alt werden

Selbstständigkeit durch Unterstützung bis ins hohe Alter ist eine Voraussetzung für Lebensqualität.

Die politischen Anstrengungen müssen darum auf den möglichst langen Erhalt der Selbstständigkeit alter und kranker Menschen gerichtet sein, aber auch die Angehörigen müssen vor Überforderung bewahrt werden. Insbesondere bei Pflegebedürftigkeit müssen nicht nur die pflegebedürftigen Menschen selbst, sondern auch ihr Umfeld beachtet werden.

Der demografische Wandel bringt es mit sich, dass zukünftig immer weniger Einzählern in die Renten- und Pensionskassen immer mehr ältere Menschen gegenüberstehen, die daraus Leistungen erwarten können. Dieses Missverhältnis verunsichert viele Menschen, die Angst vor starken finanziellen Einbußen für sich und ihre Kinder haben.

1. Welche konkreten Maßnahmen planen Sie zur Weiterentwicklung eines leistungsfähigen, bedarfsgerechten und solidarischen Kranken- und Pflegeversicherungssystems?

2. Inwieweit wird Ihre Partei pflegende Angehörige und informell Pflegende stärker unterstützen?

3. Wie wollen Sie sicherstellen, dass auch künftig ausreichend und qualifizierte Fachkräfte Gesundheits- und Pflegeberufe ausüben wollen und werden?



3. Chancengleichheit durch Beteiligungsgerechtigkeit in der Bildungspolitik

In den letzten Jahren hat sich in unserer Gesellschaft die Schere zwischen Armen und Reichen, zwischen Alten und Jungen, zwischen Arbeit besitzenden und solchen ohne immer weiter geöffnet. So wurde in internationalen Vergleichen konstatiert, dass in Deutschland, die soziale Herkunft eines Kindes stärker als in anderen europäischen Ländern, ihre Zukunft bestimmt. Verfügen Eltern z.B. über die nötigen Mittel, können eventuelle Mängel in der Schulbildung durch Zukauf von Dienstleistungen (Nachhilfe, Musikschule usw.) ausgeglichen werden. Außerdem haben Eltern mit einem höheren Bildungsabschluss einen Wettbewerbsvorteil gegenüber schlechter ausgebildeten Eltern, da sie ihre Kinder oft kompetenter unterstützen können. Im gesamten Bildungswesen müssen also unabhängig von der Herkunft und vom Einkommen für alle Kinder und Jugendlichen die gleichen Chancen bestehen und gemäß ihrer Eignung die richtige Förderung und die richtigen Zugänge zu erfolgreichen Bildungswegen zu finden.

Die Herausforderungen, mit denen Familien heute konfrontiert werden, haben sich in den letzten Jahrzehnten sehr verändert. Unter der Devise: „Lernen, Familie zu leben“ versteht sich Familienbildung deshalb als ein wichtiger präventiver Arbeitsbereich im Gesamtbild der Familienförderung. Besonders stehen dabei Angebote für Eltern mit Erziehungsverantwortung im Mittelpunkt.

1. Was wollen Sie dafür tun, dass in den Kindertagesstätten genügend gut ausgebildete pädagogische Fachkräfte vorhanden sind, die über die Betreuung hinaus altersgemäße Bildungsanreize geben können?

2. Wie wollen Sie, unabhängig von der Länderhoheit in dieser Frage, den Umbau von Schulen zu sozialen Bildungs- und Lernzentren mit besseren Bildungschancen für alle Schülerinnen und Schüler, sowie deren individueller Förderung vorantreiben?

3. Wie stehen Sie zur Unterstützung von Eltern durch Angebote der Familienbildung und -Förderung?

4. Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf besteht bis heute die Herausforderung geeignete Rahmenbedingungen zu gestalten, damit Männer und Frauen beide Lebensbereiche ihren Vorstellungen nach miteinander verbinden können. In der Sorge für den Lebensunterhalt und in der Zuwendung für Kinder geraten Eltern immer stärker unter zeitlichen Druck. Gerade in Familien mit mehreren Kindern müssen häufig beide Elternteile das notwendige Familieneinkommen erwirtschaften. Aus diesem Grund sollte es das Ziel sein, bessere Voraussetzungen für eine gute Vereinbarkeit von Familien und Beruf zu schaffen. Beispiele wären eine familienorientierte Unternehmenskultur, die die Bedürfnisse von Eltern berücksichtigt, flexible Arbeitszeitmodelle und eine Infrastruktur, die es Eltern ermöglicht, sich ihren Familien und dem Beruf zu widmen. Außerdem muss eine Rückkehrkultur ausgebaut werden, die die Rückkehr in den Beruf nach der Elternzeit erleichtert. Es gilt mehr Handlungsspielräume von Müttern und Vätern für eigenverantwortlich und partnerschaftlich konzipierte Biografien zu schaffen und zu sichern.



1. Wie werden Sie zukünftig die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter fördern und ausbauen?
2. Wie wollen Sie sich für eine familienorientierte Kultur in Unternehmen einsetzen?
3. Wie wollen Sie Eltern nach der Erziehungszeit die Rückkehr an ihren Arbeitsplatz erleichtern?

5. Familienarmut

Jedes sechste Kind in Deutschland lebt dauerhaft oder vorübergehend in Armut. Aufwachsen in Armut hat für Eltern und Kinder negative Auswirkungen auf Bildungschancen, Gesundheit, Selbstbewusstsein und gesellschaftliche Teilhabe. Armut bestimmt daher nicht nur die Gegenwart von Familien, sie bestimmt auch über die Zukunftschancen der Eltern und ihrer Kinder. Das höchste Armutsrisiko in Deutschland haben Alleinerziehende mit zwei oder mehr Kindern. Die Mütter sind in ihrer Erwerbsarbeit massiv eingeschränkt und ohne ausreichende soziale Grundsicherung für die Familie.

1. Wie stehen Sie zu einer eigenständigen sozialen Sicherung von Kindern?
2. Welche politischen Maßnahmen sind Ihrer Meinung nach erforderlich für den Ausbau flexibler und auskömmlicher Arbeitsplätze für Alleinerziehende?
3. Wie wollen Sie die Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe von armen oder von Armut bedrohter Familien verbessern?

